

Für ein zukunftssicheres Finanzsystem als tragende Säule von Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung am Standort Deutschland

**Elemente einer Politik-Roadmap –
ein Impuls zur Diskussion**

Transformation als Chance

Deutschland, Europa und die Welt stehen vor einer grundlegenden Umwälzung, die alle Sphären von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zur erfolgreichen Bewältigung herausfordert. Der Wandel ist unausweichlich, um angesichts der Erderhitzung die Lebensgrundlagen für etwa zehn Milliarden Menschen zur Mitte des 21. Jahrhunderts dauerhaft zu sichern. Seine Gestaltung sichert den Übergang in eine klimaverträgliche und nachhaltige Gesellschaftsordnung.

Was bisher die öffentliche Debatte noch kaum erreicht hat: Das Finanzsystem ist als tragende Säule des Wirtschaftssystems ähnlich fundamental von der Transformation betroffen wie die produzierenden Unternehmen der Realwirtschaft, deren Wandel unter den Schlagworten Dekarbonisierung und Digitalisierung heute die Schlagzeilen bestimmt. Bereits mit der Gestaltung des Übergangs selbst, der mindestens eine Generation beschäftigen wird, geht es um Wohlstandssicherung, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze, weil die Transformation andernfalls lange vor ihrer Vervollständigung an ihren inneren Widersprüchen scheitern würde.

Sicherheit im Wandel – das ist der Anspruch an Politik, Wirtschaft und Finanzsystem, insbesondere nach den Erfahrungen der vom Finanzsystem ausgehenden globalen Wirtschaftskrise nach 2008. Sicherheit im Wandel erfordert von den Entscheidungsträgern, die Transformation durch eine schrittweise, aber am Ende fundamental veränderte Ausrichtung ihrer Prioritäten selbst zu steuern. Keine Alternative ist es, sich den Wandel in einem ungeordneten Prozess zwischen Politik, Gesellschaft, Real- und Finanzwirtschaft und den erwartbaren, zunehmend dramatischen Konsequenzen des Klimawandels, abzurufen.

Bei aller Komplexität in den Details, die zu beantwortenden Fragen sind einfach gestellt und sie sind, so viel steht fest, leichter zu beantworten, wenn das finanz- und das realwirtschaftliche System von Anfang an den Anspruch erheben, sie gemeinsam und nicht gegeneinander zu beantworten. Dabei ist wichtig, dass die entsprechenden politischen Rahmenbedingungen klar und interpretationsfrei Orientierung an Wirtschaft und Finanzsektor vermitteln. Eine proaktive Gestaltung des Wandels eröffnet die Möglichkeit, innovatives Unternehmertum am Wirtschaftsstandort Deutschland gezielt zu fördern, neue Geschäftsfelder zu erschließen, Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen – orientiert an dem Ziel, wachsenden Wohlstand mit den planetaren Grenzen in Einklang zu bringen und damit die Lebensgrundlagen der Menschen zu sichern.

Die Transformation als Chance zur Neupositionierung für die Finanzwirtschaft

Ohne glaubwürdige Beteiligung zentraler Akteure ist gesellschaftlicher Wandel grundsätzlich kaum möglich. Dies gilt auch für den Finanzsektor, der als gewichtige Querschnittsindustrie eine tragende Säule des gesellschaftlichen Wohlstands darstellt. Ein sinnvolles Zusammenwirken der Finanzindustrie mit Realwirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft befördert die Umsetzbarkeit gesamtgesellschaftlicher Ziele. Dabei ist unübersehbar, dass der Finanzsektor insgesamt seit der Finanzkrise unter verschärfter öffentlicher Beobachtung steht. Mit der bevorstehenden Neuausrichtung auf das positive Ziel einer klimaverträglichen, zukunftsfesten Wirtschaft eröffnet sich den Akteuren des Finanzsystems nun die Chance, positiv bewertete Entwicklungen anzutreiben und zu ermöglichen und in gesellschaftlich anerkannte Rollen hineinzuwachsen.

Deutschlands Rolle als Verfechter einer nachhaltigen Entwicklung in Europa verstetigen

Die Bundesrepublik war lange wesentlicher Taktgeber einer klimaverträglichen, auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Umgestaltung insbesondere des Energiesystems auch jenseits der eigenen Grenzen. Als große Volkswirtschaft und bedeutender Mitgliedsstaat der Europäischen Union hat Deutschland über Jahrzehnte eine gewichtige Rolle in internationalen Foren, Verhandlungen und Vereinbarungen gespielt, um das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung zu verankern. Leider sind in den letzten Jahren in vielen Bereichen das Ambitionsniveau und die Bereitschaft zur Bewältigung zentraler Herausforderungen erkennbar zurückgegangen. Dies in einer Zeit, in der die Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) und des Klimaabkommens von Paris das Gegenteil erfordern: Mehr Engagement, mehr politischen Willen und ein vertieftes Verständnis für die Dringlichkeit und das Umsetzen der Transformation in Politik, Wirtschaft und Finanzsystem. Nicht nur, aber auch in Deutschland.

Die Bundesregierung muss wieder und gemeinsam mit anderen europäischen Regierungen, Aufsichtsbehörden und der EU-Kommission zum Motor der Transformation werden.

Die Politik als robuster Rahmengerber

Vor dem Hintergrund der noch nicht überall bewältigten Folgen der Finanz- und der sich zuspitzenden Klimakrise ist die Bundesregierung gemeinsam mit verbündeten Regierungen gefordert, das Heft des Handelns wieder in die Hand zu nehmen. Das ist keine Formalie, sondern dient der Sache – und der Rückgewinnung von Vertrauen in das politische System. Robuste, anspruchsvolle und zielgerichtete regulatorische Vorgaben setzen den Rahmen für die Gestaltung des anstehenden Wandels.

Sie bilden eine wichtige Grundlage für die Transformation und fördern nachhaltige Geschäftsmodelle, innovative Produktideen, transparente Prozesssteuerung sowie informiertes Konsumentenverhalten. Aufgabe der Politik ist es, dem sich vollziehenden Paradigmenwechsel eine klare Orientierung zu geben und ihn unter Einbeziehung der relevanten Interessen voranzutreiben. Damit werden gleichzeitig zentrale Politikziele wie die Sicherung der Haushaltsstabilität, Risikominimierung und Stabilität im System sowie die Vermeidung von Fehlallokationen von Kapital bedient.

Um seinen Beitrag zur Befähigung des Finanzsystems zu leisten, muss Deutschland europäische und internationale Prozesse aufnehmen und unterstützen, eigene Handlungsfelder identifizieren und darauf aufbauend Vorschläge für Maßnahmen entwickeln und bei der Umsetzung vorangehen. Richtschnur muss dabei Deutschlands Zusage sein, auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse die Erderwärmung möglichst unter 2 Grad Celsius zu halten und die Sicherung sozialer und menschenrechtlicher Standards zu gewährleisten. Die zunehmenden physischen Folgen der globalen Klimakrise in Form schneller Abfolgen von Extremwetterereignissen belegen stets aufs Neue, dass Nichthandeln keineswegs ohne Konsequenzen z. B. im Hinblick auf Schäden oder den Verlust von Menschenleben bleibt.

Nachhaltigkeit als Leitschnur des erneuerten Finanzsystems

Voraussetzung: Dialog und Strategie

„Sustainable Finance“ versteht sich als ein auf Nachhaltigkeit ausgerichtetes, die Transformation stützendes Finanzsystem. Die produzierende Wirtschaft hat vereinzelt begonnen, tiefgreifende Transformationsprozesse anzustoßen, um die Zukunftsfähigkeit der eigenen Kerngeschäfte zu sichern. Es ist Chance und Aufgabe des Finanzsektors, diese Initiativen zu stützen und sie in die Breite zu tragen.

Sustainable Finance umfasst die gezielte Entfaltung der Transformations- und Innovationskräfte der Finanzindustrie bei gleichzeitiger Gewährleistung der Stabilität des Finanzsystems. Das Finanzsystem muss für die erfolgreiche Mitgestaltung der Transformation jedoch befähigt werden. Daher ist die Berücksichtigung aller Akteurs- und Anlageklassen sowie der Produkt- und Serviceangebote grundlegend. Zeitgemäße Chancen- und Risikoprofile müssen etabliert und in tragfähige Strategien übersetzt werden. Zukunftsszenarien, deren Wirkungseffekte und gesamtgesellschaftliche Ziele sind dabei systematisch zu berücksichtigen.

Die Gestaltung dieser Aufgaben setzt positives Engagement weiterer Teile des Finanzsystems voraus. Banken, institutionelle Investoren, Versicherungen, Ratingagenturen, öffentliche Akteure und Aufsichtsbehörden bringen je unterschiedliche Perspektiven und Ressourcen ein.

Die Bundesregierung muss diese für die Formulierung einer politischen Roadmap systematisch und koordiniert aufgreifen und verarbeiten. Weite Teile der Finanzindustrie sind bislang auf diese Herausforderungen noch nicht vorbereitet. Für einen strukturierten Kapazitätsaufbau ist daher die Etablierung einer weitreichenden Dialogstruktur zum Thema „Bedeutung des Finanzsystems für die Zukunfts- und Erfolgsfähigkeit unserer Gesellschaft“ ein wichtiges Handlungsfeld. Ein offener und wissensbasierter, effizient gestalteter, partizipativer Austausch zwischen der Finanzwirtschaft, der produzierenden Industrie, Ministerien, Aufsichtsbehörden, Wissenschaft und Zivilgesellschaft ist dafür unerlässlich. Dieser Prozess muss an europäische und internationale Ansätze anschließen, um diese aktiv zu nutzen und mitzugestalten. Er muss diese in eine handlungsleitende Politikstrategie überführen, die mit dem realwirtschaftlichen Regulierungsrahmen koordiniert ist und die im Verständnis von zu erreichenden „Meilensteinen“ Anstrengungen fokussiert und (Zwischen-)Ergebnisse sichert.

Ausrichtung des Finanzsystems der Zukunft

Eckpunkte:

- **Relevante Informationsflüsse sicherstellen** und wo notwendig neu etablieren, um **die Tiefe der bevorstehenden Transformation** insbesondere in der produzierenden Industrie umfassend erfassbar und damit für Kapitalzusageentscheidungen nutzbar zu machen.
- Die Kapitalallokation am neuen **Leitmaßstab zukünftiger Anforderungen** ausrichten. Als Bewertungsmaßstäbe und -grundlagen dienen wissenschaftlich robuste Szenarien und daraus abgeleitete Handlungs- und Bewertungsrahmen.
- Das Risikomanagement in Unternehmen und Finanzindustrie umfassend entlang **nachhaltigkeits- und transformationsbezogener Risiken** ausrichten.
- Allen Marktteilnehmern **präzise Informationen zu Rückwirkungen von Finanzdienstleistungen auf gesellschaftliche Ziele** frühzeitig zur Verfügung stellen.
- Dabei darauf achten, dass **finanzmarktregulatorische Grundprinzipien nicht kompromittiert** werden. System- und Einzeladressenstabilität sind zentral leitende Größen. Der bestehende Handlungsrahmen wird entsprechend konkretisiert und weiterentwickelt.
- Wo erforderlich **systemverträgliche Anreizlösungen umsetzen**. Anreize, Förderungen oder Unterstützungen sind stets im Sinne der Transformation befristet auszulegen und werden regelmäßig auf ihre (fort-)bestehende Notwendigkeit überprüft.
- Das Ausspielen von **Nachhaltigkeit gegen Renditemöglichkeiten** durch das Einpreisen von Nachhaltigkeitsrisiken beenden. Die Auslegung von Sorgfaltspflichten und die Berücksichtigung von Nachhaltigkeit muss bei Investitionsentscheidungen und der Kreditvergabe rechtlich eindeutig geklärt werden.
- **Wissenschaftliche Erkenntnisse** zukünftiger Anforderungen zur Sicherung des Handelns innerhalb der planetaren Grenzen zur Grundlage für steuernde Eingriffe machen.
- **Den regulatorischen Rahmen auf alle Akteure** im Finanzsystem und deren Produktpalette beziehen und klare Kriterien für die Nicht-Anwendung finden.

Elemente einer Politik-Roadmap für das Finanzsystem

Vor dem Hintergrund der aktueller Dynamik im Markt und der vielfältigen Initiativen auf den Ebenen von EU und G20 zum Thema Sustainable Finance ist die Bundesregierung gefordert, zügig eigene Zielvorstellungen zu entwickeln, Positionierungen vorzunehmen und in die laufenden Prozesse einzubringen. Die Entwicklung einer „Roadmap“, die zunächst national ausgerichtet Richtung und Orientierung gibt, ist eine notwendige Voraussetzung, um die Potenziale des Finanzsystems und seiner Akteure auf dem Weg zu einem nachhaltigen Finanzsystem zügig zur Entfaltung zu bringen. Sie ist darüber hinaus ein wichtiges Element und Impuls zur Rückgewinnung der verlorengegangenen Vorreiterrolle Deutschlands im internationalen Rahmen.

Im Nachfolgenden werden vor dem Hintergrund bereits angelaufener Prozesse im internationalen und europäischen Umfeld, Anforderungen und – auch unter Berücksichtigung unterschiedlicher Dringlichkeiten – eine zeitliche Reihenfolge vorgeschlagen.

Transparenz & Offenlegung

Zur Gewinnung von Glaubwürdigkeit und der Herstellung von Verlässlichkeit ist Transparenz die wesentliche Grundvoraussetzung. In wichtige aktuelle Entwicklungen, die sich mit der Verbesserung von Transparenz & Offenlegung befassen, muss sich Deutschland aktiv einschalten:

- Transparenz setzt ein gemeinsames, zentral verankertes Verständnis grundlegender Begrifflichkeiten durch die Marktakteure voraus. Dieses ist wesentlich für ein angemessenes Verständnis von Wirkungszusammenhängen und einer darauf basierende Identifikation und Bewertung von Risiken. Um dies zu gewährleisten, ist ein Prozess zur Definition und Implementierung einer transformativen Nachhaltigkeits-Taxonomie unerlässlich. Die Taxonomie dient als Handlungs- und Bewertungsrahmen, auf den sich die Marktakteure gemeinsam beziehen können. Sie muss nach ihrer Etablierung kontinuierlich weiterentwickelt werden.
- Schaffung eines EU-einheitlichen Rechtsrahmens für Transparenz & Offenlegung für Akteure und Produkte entlang der Empfehlungen der Task Force on Climate-Related Financial Disclosures (TCFD).





- Etablierung von Transparenzkriterien zur Evaluierung von Zieldefinitionen, für die Beurteilung der Zielerreichung sowie für zugehörige Prozesse, wie zum Beispiel die Erstellung von Offenlegungsanforderungen.
- Für die Bewertungen von Nachhaltigkeits- und Transformationsauswirkungen muss ein eindeutiges und rechtssicheres Verständnis etabliert werden. Dies bildet die Grundlage zur Einschätzung der Materialität sowohl für Risiko und Rendite, als auch für die positive Umsetzung der Transformation. Dabei müssen insbesondere die heute auseinanderfallenden Zeithorizonte von finanziellem und Transformationsrisiko verbunden werden. Dies gilt für die Identifikation und die Auswahl relevanter Aspekte und für den Prozess der Bewertung. Des Weiteren muss Klarheit darüber hergestellt werden, in welchem Ausmaß eine entsprechende Berücksichtigung systematisch zur Erfüllung von Auflagen und Pflichten gehört (Sorgfaltspflichten und Aufklärungspflichten).
- Die Pflicht zur vorvertraglichen Informationsbereitstellung bei Finanzprodukten aller Art muss zukünftig systematisch Nachhaltigkeitswirkungen und -aspekte einbeziehen. Die Vorschläge der Kommission mit Blick auf die Beratungsprozesse sind begrüßenswert, greifen aber noch zu kurz. Die aufwandsminimale Umsetzung ist anzustreben.
- Schaffung und Verbesserung der Datengrundlagen im Hinblick auf Verfügbarkeit, Qualität, Aussagekraft und inhaltlichen Ausrichtung auf vorausschauende und zukunftsgerichtete Effekte.

Politischen Handlungschancen zur Umsetzung der genannten Aspekte liegen im Verlauf der aktuellen Legislaturperiode in Deutschland und Europa. In der nachfolgenden Tabelle sind sie im Einzelnen dargestellt:

Transparenz & Offenlegung

Zur Diskussion - Entwurf

Transparenz & Offenlegung	2018	2019	2020	2021	2022	Ziel	Zentrale Akteure
Aktive Begleitung und Gestaltung EU-Prozess zur Umsetzung Offenlegungsrichtlinie		Abstimmung EP & EU Kom. EP Vote	Umsetzung der Rechtsvorlagen			Schaffung EU-einheitlichen Rechtsrahmen für Transparenz und Offenlegung für Akteure und Produkte entspr. TCFD	EU-Institutionen BReg (Beteiligung)
Begleitung und Gestaltung Review CSR Richtlinie im Hinblick auf Sustainable Finance (Schwerpunkt: Zieldefinitionen)		Ergebnis Fitness-Check Bericht EU-Kommission Zur Umsetzung	Anpassung Richtlinie und Umsetzung in dt. Recht (z. B. HGB/VAG)			Integration TCFD-konformer Offenlegungs-Pflichten in CSR-Richtlinie	BReg
Etablierung Taxonomie (Handlungsrahmen auf EU-Ebene; aktive Begleitung des Sustainable Finance-Legislativprozesses; Sicherstellen Definition zu Wesentlichkeit/Rechtsauslegung/Pflichten)		TEG-Vorschlag	Annahme Legislativvorschläge		Umsetzung Legislativvorschläge	Taxonomie bildet Nachhaltigkeitsziele ab (SDGs, Paris-kompatibel)	BReg, EU-Institutionen
Schaffung und Verbesserung Datengrundlage						Zukunftsgerichtete Perspektive in Datengrundlagen verankern	BReg, DRSC
Umsetzung Aktionärsrechterichtlinie in relevanten Gesetzen		Umsetzung				Sicherstellung Sustainable Finance-konformer Informationspflichten	BReg
Anpassung Landesbankgesetze						TCFD-konforme Offenlegungs-Pflichten Landesbanken	LandesReg
Etablierung Integration und vorvertragliche Offenlegung zukunftsgerichteter Klima- und Nachhaltigkeitsaspekten zur Erfüllung von Sorgfaltspflichten (IDD, EbAV/IORPII, MiFiD II, KAGB et al, PRIIPS, PEPP)						Sicherstellung Sustainable Finance kompatibler Regulierungen	EU-Institutionen
Anpassung weiterer Regulierungen, z. B. Alterseinkünfte-/ Altersvermögengesetz						Sicherstellung Sustainable Finance kompatibler Rechtsvorschriften	BReg

	Regulierung im dargestellten Zeitraum in Anpassung
	Zusätzliche mögliche Handlungsfelder
	Fortlaufende Anpassung
	Priorisierte Handlungsfelder

Stabilität & Risikomanagement

Zur Sicherung von Stabilität und zur Gewährleistung robusten Risikomanagements in einem nachhaltigen Finanzsystem sind zahlreiche Maßnahmen im bestehenden Regelungsrahmen zu ergänzen bzw. neu zu etablieren. Im Einzelnen u. a.:

- Schaffung standardisierter Prozesse insbesondere zur mittel- bis langfristigen Risikoidentifikation und -bewertung.
- Etablierung datenbasierter Risikoszenarien und Berücksichtigung in der Investmentanalyse und in Investitions-/Finanzierungsentscheidungen. Es ist wichtig, zentrale Eckpunkte für die Szenarioauswahl und -nutzung zu definieren, damit sie ein Standinstrumentarium der gezielten Risikotransparenz in Wertschöpfungsketten wird.
- Definition und Umsetzung klarer Anforderungen an Steuerung und Management erfasster Risiken.
- Hinreichende Klärung von Inhalten der Pflichterfüllung wie zum Beispiel im Rahmen von Sorgfalts- und Aufklärungspflichten (auch im Bereich Risikoanalyse) sowie aller relevanten Aspekte von Kredit- und Anlageprüfungen.
- Abstimmung bestehender Politikziele im Bereich Nachhaltigkeit und Stabilitätssicherung.
- Ergänzung der Mandate der Aufsichtsbehörden um Fragen zu Nachhaltigkeitsauswirkungen und Transformationskompatibilität.
- Dementsprechende Integration von Risiko- und Wirkungskriterien in zentrale Bereiche des Kapitalzugangs, wie zum Beispiel Börsenzugangskriterien.
- Berücksichtigung von Klimarisiken in Eigenkapitalanforderungen (CRR und CRD) – ein robuster Risikozusammenhang ist hierfür Voraussetzung.

Politische Handlungschancen liegen bis 2022 in Deutschland und Europa in:

Stabilität und Risikomanagement

Zur Diskussion - Entwurf

Stabilität / Risikomanagement	2018	2019	2020	2021	Nächste BReg	Ziel	Zentrale Akteure		
Einsetzung Arbeitsgruppe zum Kapazitäts-Aufbau klimabezogener Szenarioanalysen und Stresstesting. Schwerpunkt Umgang mit Fristigkeitskonflikten. Verbinden von Wirkung und Risikobetrachtung, Stabilität und weiteren Politikzielen							Stärkere Gewichtung von Klima/Nachhaltigkeit in Bankenstresstests, Aufbau Kapazität Szenario-Analysen; Integration in Mandat	Bundesbank BaFin	
Definition und Verankerung von Klimarisiken z. B. in den MaRisk (Basis §25a KWG)							Stärkung Resilienz Finanzsystem	BReg	
Ergänzung der Mandate von Aufsichtsbehörden um Fragen der Nachhaltigkeitsauswirkungen							Ganzheitliche Risikobetrachtung in Aufsichtspraxis verankern	BReg, BaFin, Bundesbank	
Berücksichtigung von Klimarisiken in EK-Anforderungen (CRR, CRD)							Stärkung Resilienz Finanzsystem	BReg, EU-Institutionen, Aufsichtsbehörden	
Leitlinien im Einklang mit Klimarisiken im KAGB							Verpflichtende TCFD-konforme Offenlegungspflichten für Versicherungen/Pensionkassen	BReg, Versicherungen, Pensionskassen	
Anpassungen Börsenzugangskriterien								Sicherung Transparenz und Resilienz	BReg, BaFin, LandesReg

	Regulierung im dargestellten Zeitraum in Anpassung
	Zusätzliche mögliche Handlungsfelder
	Fortlaufende Anpassung
	Priorisierte Handlungsfelder

Standortpolitik & unterstützende Rahmensetzung

Das Finanzsystem wird in den Dienst des angestrebten Strukturwandels des Wirtschaftsstandorts Deutschland gestellt. Unterstützende Maßnahmen sollten gezielt umgesetzt werden, wo sie begründbar und erforderlich sind, um die Transformation erfolgreich zu gestalten. Im Einzelnen u. a.:

- Die Sicherung der Erfolgsfähigkeit der produzierenden Industrie und die anzustrebende Standortdifferenzierung sollen künftig im Rahmen des deutschen und europäischen Finanzsystems gestützt werden. Eine Politik-Roadmap muss Schwerpunkte und Handlungsprioritäten entwickeln, die europäische Aktivitäten berücksichtigen und integrieren.
- Die Bundesregierung tritt aktiv auf, wo der Markt Lücken nicht oder (zu) langsam füllt und Schwierigkeiten hat, innovative Lösungen zu entwickeln. Hierzu gehören z. B. Garantiefazilitäten und gezielte Risikoübernahmen. Die Rolle der KfW wird auf die innovativen Bereiche und die erforderlichen Marktentwicklungen in Einklang mit dem Klima-Zielniveau von Paris konzentriert.
- Weitere Beispiele sind die Bereitstellung von Kapazitäten zur Nutzung von Szenarien oder von Foren zur Entwicklung von Best Practices im Bereich des Reportings, der Verifizierung von Klimazielen oder der Entwicklung und Etablierung von Strukturformaten für Transitionspläne in Unternehmen.
- Im Rahmen öffentlicher Aufgaben und im Hinblick auf Akteure wird Konsistenz über Mandate hergestellt, z. B. bzgl. OECD Richtlinien.

Politische Handlungschancen liegen bis 2022 in Deutschland und Europa in:

Standortpolitik und unterstützender Rahmen

Zur Diskussion - Entwurf

Standortpolitik und unterstützender Rahmen	2018	2019	2020	2021	Nächste BReg	Ziel	Zentrale Akteure
Aktive Setzung von Anreizen Bei bestehenden Lücken (z. B. Bereitstellung Szenarien, Best Practice Reporting, Zugang zu Daten, Etablieren von Dialogforen)						Aktives füllen von Lücken um Akteure zu befähigen	BReg
Konsistente Finanzierungsstrategie der KfW (KfW Gesetz), inkl. IPEX und DEG						Paris-kompatible Gesamtstrategie und Beiträge der Marktentwicklung	BReg, KfW
Aktive Beteiligung, Verarbeitung und Gestaltung von Diskursen auf EU- und internationaler Ebene zu Sust. Finance						Besetzung und Gestaltung des Politikfelds	BReg
Umweltrichtlinien OECD zu Exportversicherungen						Paris-Kompatibilität	BReg, OECD
Gezielte Garantie- und Förderprogramme						Gestaltung des Wandels	BReg, KfW

- Regulierung im dargestellten Zeitraum in Anpassung
- Zusätzliche mögliche Handlungsfelder
- Fortlaufende Anpassung
- Priorisierte Handlungsfelder

Verantwortung

Die Bundesregierung steht in der Verantwortung, die weit gefächerten, zum Teil gänzlich neuen Aufgaben im Rahmen der Schaffung eines nachhaltigen Finanzsystems umfassend zu strukturieren. Ziel muss sein, dass Handlungsfelder etabliert, notwendige Prozesse initiiert und begleitet und schließlich die formulierten Ziele in angemessenen Fristen erreicht werden. Wo der Bund eigene Entscheidungsspielräume hat handelt er in entsprechendem Verständnis konsistent und konsequent. Im Einzelnen u. a.:

- Institutionalisation des Prozesses über die Festlegung von Zuständigkeiten und den Aufbau eines beratenden Expertengremiums. Beides dient zunächst als Nachweis der Ernsthaftigkeit des geplanten Transformationsprozesses und damit der politischen Glaubwürdigkeit. Dies ist erfolgskritisch für die Entwicklung übergreifend getragener Lösungen und damit den Erfolg der Maßnahmen. Das Expertengremium bindet alle in diesem Zusammenhang relevanten Gruppen aus Gesellschaft, Finanzmarkt, Wissenschaft, Politik und Aufsichtsinstitutionen ein.
- Der Bund nutzt die öffentlichen Vermögen als beispielgebende Vehikel für die Transformation des Finanzsystems. Dabei werden keine Versorgungszusagen aufs Spiel gesetzt oder nicht verantwortbare Risiken eingegangen. Stimmrechte werden aktiv über Engagement im Sinne der Transformation wahrgenommen, deren Verlauf und Endpunkt sich aus den Klimaschutzziele des Pariser Klimaschutzabkommens ergeben.
- Die Einrichtungen der öffentlichen Hand und eng verbundene Institutionen (wie zum Beispiel KfW Gruppe, Euler Hermes) müssen ebenfalls eine mit den Politikzielen konsistente Strategie und Kapitalbereitstellung realisieren. Das gilt zum Beispiel für den Bereich der Exportkreditabsicherungen, der Förderprogramme und der Übernahme staatlicher Mandate in multilateralen Institutionen. Damit werden diese Akteure am Markt zu Multiplikatoren.
- Die Bundesregierung positioniert sich in internationalen Foren und Institutionen konsistent, sie gibt Orientierung und beteiligt sich an der Setzung wichtiger Standards. Dies bedeutet auch, verstärkt den Austausch mit anderen zu suchen, wie zum Beispiel über das Network on Greening the Financial System. Im Rahmen von G7 und G20 werden gemeinsame Beschlüsse und Dialoge mit Einzelstaaten bzw. Staatengruppen zur Abstimmung von Implementierungsstrategien beachtet und erarbeitet.

Politische Handlungschancen liegen bis 2022 in Deutschland und Europa in:

Verantwortung

Zur Diskussion - Entwurf

Verantwortung	2018	2019	2020	2021	Nächste BReg	Ziel	Zentrale Akteure
Etablierung Koordinierungsgremium Sustainable Finance innerhalb BReg (StS/AL-Ebene)						Erarbeitung gemeinsamer Regierungsposition	BReg
Etablierung Beratungsgremium für Sustainable Finance						Multi-Stakeholder Gremium zur Begleitung der Transformation	BReg
Verankerung Finanzwesen als Querschnitts-Handlungsfeld für Klimaschutzplan-Maßnahmen 2030 und im Klimaschutzgesetz						Anerkennung Rolle des Finanzwesens zur Umsetzung der Klimapolitik und Gestaltung Strukturwandel	BReg
Anlagerichtlinien für Vermögen der öffentlichen Hand entwickeln, u. a. Ent- & Versorgungsfonds						„Science Based Targets“ als Anlagekriterium entwickeln	BReg
Stärkung von Sustainable Finance im nächsten EU-Haushalt (MFR post-2020)						Priorität von Sust. Finance in InvestEU; Stärkung in allen Instrumenten	BReg, EU-Institutionen
Nachhaltige Ausrichtung Länder- und Sektor-Strategien multilateraler Entwicklungsbanken						Paris-Kompatibilität von Länder- und Sektor-Strategien	BReg, WB
Etablierung Sustainable Finance in G7, G20, NGFS und anderen Institutionen						Sustainable Finance als Teil der Agenda	BReg
Anpassung Exportfinanzierung und -versicherung						Paris-Kompatibilität	BReg, Euler, KfW
Gründung/Gestaltung des Institutionalisierungsprozesses auf EU-Ebene (z. B. Plattform für Sustainable Finance)						Stärkung der Plattform zur Weiterentwicklung Sustainable Finance Prozess	BReg, EU-Institutionen

	Regulierung im dargestellten Zeitraum in Anpassung
	Zusätzliche mögliche Handlungsfelder
	Fortlaufende Anpassung
	Priorisierte Handlungsfelder

Für ein zukunftssicheres Finanzsystem als tragende Säule von Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung am Standort Deutschland

Elemente einer Politik-Roadmap – ein Impuls zur Diskussion